

DIE LINKE. Sachsen

1. Tagung des 17. Landesparteitages

3. - 5. November 2023

C. Sachanträge

C.2. Ausbeutung an Hochschulen stoppen – Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte jetzt!

Einreicher*innen: linksjugend [!solid] Sachsen

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Der Landesverband DIE LINKE. Sachsen erklärt den Beschäftigten der Länder und den beteiligten Gewerkschaften seine Solidarität in der aktuellen Tarifrunde zur Verhandlung eines neuen TV-L. DIE LINKE. Sachsen unterstützt das Aufnehmen der Forderungen nach einem Tarifvertrag für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte (TV-Stud). Sie fordert insbesondere den sächsischen Finanzminister auf, seine Blockadehaltung bezüglich des TV-Stud aufzugeben!

Gleichzeitig sollten im Zuge dessen mit der derzeitigen Änderung des sächsischen Personalvertretungsgesetz studentische Personalräte eingeführt werden.

Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, während der Tarifverhandlungen im Parlament auf die prekären Arbeitsbedingungen von studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräften aufmerksam zu machen. Der Landesvorstand wird aufgefordert, auf das sächsische TV-Stud Bündnis zuzugehen und dieses bei der Umsetzung ihrer Forderungen zu unterstützen und den an der Tarifrunde beteiligten Gewerkschaften eine Solidaritätsadresse zu übermitteln.

Begründung:

Als LINKE ist es unsere Aufgabe an der Seite der Arbeitnehmer*innen zu stehen und mit ihnen gemeinsam zu kämpfen. Das gilt einerseits insbesondere in Zeiten von horrender Inflation, in der Löhne massiv an Wert verlieren und Arbeitskämpfe umso entscheidender werden. Andererseits auch während des sich immer weiter verschärfenden Fachkräftemangels, der vor allem mit fairen Arbeitsbedingungen bekämpft werden muss. Im TV-L geht es unter anderem um Beschäftigte in Kitas, Schulen oder in Krankenhäusern. D. h. es sind essenzielle gesellschaftliche Bereiche betroffen, in denen wir es uns nicht leisten können, noch mehr Personal zu verlieren. Deswegen ist die anstehende Tarifrunde persönlich, aber auch gesellschaftlich von immenser Bedeutung.

Auch wenn unsere Solidarität wie beschrieben allen Beschäftigten gilt, muss an dieser Stelle eine Gruppe an Beschäftigten herausgehoben werden. An den Sächsischen Hochschulen waren 2021 8232 wissenschaftliche Hilfskräfte (darunter 5517 studentische Hilfskräfte) angestellt. Für sie gilt an den Hochschulen bisher noch kein Tarifvertrag und keine damit verbundenen Mindeststandards an Arbeitnehmer*innenrechten. Dies bedeutet konkret vollkommen unangemessene Bezahlung, nicht realisierter Urlaubsanspruch, unbezahlte Mehrarbeit und häufig keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Dazu kommen kurze Vertragslaufzeiten, die durch Aneinanderreihung von befristeten Verträgen für weitere existentielle Unsicherheit sorgen. Unsichere Arbeitsbedingungen sind damit die bittere Normalität für studentische Beschäftigte.

Diese prekären Arbeitsbedingungen wurden auch durch die 2022 durchgeführte Studie „Jung, Akademisch, Prekär.“

Studie zu sozialer Lage und Arbeitsbedingungen studentischer Beschäftigter an Hochschulen und Forschungseinrichtung.“ (<https://www.iaw.uni-bremen.de/f/b1d9874527.pdf>) noch einmal wissenschaftlich bestätigt.

„Die Befunde sind erschreckend. Ein großer Teil der Beschäftigten, mitunter sogar die Mehrheit, nimmt bestehenden Urlaubsanspruch nicht wahr, arbeitet Krankheitstage nach und leistet Überstunden – und das teilweise unter expliziter Aufforderung durch die Vorgesetzten, monatelang ohne Bezahlung oder gar Arbeitsvertrag. Studentische Beschäftigte erbringen ihre Tätigkeiten in einem Feld, in dem sie oft weitgehend von betrieblicher Mitbestimmung ausgeschlossen werden und in dem grundlegende Arbeitsrechtsverstöße die Regel sind statt die Ausnahme. Daran hat sich erschreckenderweise in den vergangenen mehr als 10 Jahren nichts geändert, wie der Vergleich zu einer früheren Studie zeigt (Lenger/Schneickert/ Priebe 2012). Das Forschungsprojekt macht damit deutlich, dass im Tätigkeitsbereich studentischer Beschäftigter durch Nichteinhaltung der für die Arbeitswelt vorgesehenen Standards zur Regulierung von Arbeitsbeziehungen (unter anderem gesetzliche Mitbestimmung und Tarifverträge) systematisch Arbeitnehmer*innenrechte unterlaufen werden und die Arbeitgeber*innen ihren gesetzlichen Fürsorgepflichten nicht ausreichend nachkommen. Sichtbar wird im Vergleich zu Berlin [Anmerkung: dort gilt als einziges Bundesland ein Tarifvertrag für studentisch Beschäftigte] aber auch: Dort, wo die Arbeitsbeziehungen über einen Tarifvertrag reguliert sind und ein eigener studentischer Personalrat besteht, steigt der Anteil der Beschäftigte, die ihre Arbeitnehmer*innenrechte kennen und durchsetzen, deutlich an. Die Notwendigkeit für eine Tarifierung wird deutlich. Und das nicht nur, weil bei studentischen Beschäftigten schon jetzt eine der größten Tarifrücken im öffentlichen Dienst klafft.“

Dabei handelt es sich bei studentischen Beschäftigten inzwischen um eine tragende Säule des wissenschaftlichen Betriebs. Sei es bei der Unterstützung von Forschung und Lehre, durch Lehrveranstaltungs begleitende Unterstützungsangebote oder beim Korrigieren von Klausuren – so vielseitig die Tätigkeiten sind, so wichtig sind sie für das Funktionieren der Abläufe an den Hochschulen. Kurz um: Studentische Beschäftigte sorgen mit dafür, dass der Laden überhaupt läuft. Auch sie haben das Recht auf gute Arbeitsbedingungen und tarifliche Absicherung.

Studierende, die nebenbei an der Hochschule angestellt sind, haben auch aufgrund ihrer Lebensumstände und der Art der Anstellung besonders prekäre Arbeitsbedingungen. Das System der Studienfinanzierung in Deutschland sorgt dafür, dass viele Studierende sich das Studium nicht wirklich leisten können. Das heißt, sie sind in besonderem Maße auf das Geld aus ihrer Anstellung angewiesen. Des Weiteren sind die Vorgesetzten der Hilfskräfte häufig die Lehrenden, die auch ihre Prüfungen bewerten oder bei denen sie in ihrer späteren akademischen Karriere arbeiten möchten. Es besteht folglich eine besondere Form der persönlichen Abhängigkeit. All das erhöht das Risiko für Missbrauch und die Verletzung von Arbeitnehmer*innenrecht enorm.

Es ist unsere Aufgabe als LINKE an der Seite der Studierenden für bessere Arbeitsbedingungen an den sächsischen Hochschulen zu kämpfen. Dazu sollten wir die Chance nutzen, noch einmal besonders auf das Prekariat an jungen Akademiker*innen im Land aufmerksam zu machen. Die Landtagsfraktion und der Landesvorstand sollen auf parlamentarischer und parteipolitischer Ebene Initiativen anstrengen, um das vor Ort in Sachsen tätige und derzeit immer weiterwachsende TV-Stud-Bündnis nach allen Möglichkeiten zu unterstützen.

Entscheidung des Landesparteitages: